



*Corporación
Jurídica
Libertad*

Wichtige Mitteilung und Anklage:

Die systematische Verfolgung, welcher die Nicht-Regierungsorganisation "Rechtskooperation der Freiheit" (Corporación Jurídica Libertad) aufgrund ihrer Arbeit bezüglich Verteidigung und Förderung der Menschenrechte sowie ihrer Vertretung von Opfern kolumbianischer Staatsverbrechen schon immer ausgesetzt ist, hat sich in den letzten Tagen deutlich verstärkt.

Die gerichtlichen Massnahmen der Kooperation, welche Klarheit schaffen und die Verantwortung nachweisen sollen bezüglich der von Mitgliedern des Nationalheeres ausgeführten aussergerichtlichen Hinrichtungen, erzeugen momentan wütende Äusserungen des kolumbianischen Präsidenten. Dieser hat seit je her versucht jene kriminellen Praktiken zu banalisieren und dadurch die Nicht-Regierungsorganisation zu diskreditieren, gerade die Organisationen, die in den letzten sieben Jahren im Bundestaat Antioquia gut 836 Todesfälle dokumentiert haben, welche unter den Umständen aussergerichtlicher Hinrichtungen, bedingt durch den Staatsterror, verursacht wurden.

Es wurde versucht, die Aktivitäten der Kooperation und anderer sozialer Organisationen mit Tätigkeiten jener Gruppen gleichzustellen, welche sich im bewaffneten Konflikt mit dem Staat befinden; dies geht hervor aus geheimdienstlichen Berichten, erstellt von der kolumbianischen Sicherheitsbehörde DAS (Departamento Administrativo de Seguridad) und der regionalen militärischen Geheimdiensteinheit RIME (Regional de Inteligencia Militar del Ejército).

In der Absicht, die Beanspruchung des Rechts zu kriminalisieren, die Menschenrechte der Bevölkerung zu verteidigen, haben sich Organe des staatlichen Geheimdienst spezieller Informanten bedient, welche im Gegenzug von finanzieller Vergütung sowie juristischer Unterstützung belastende Zeugenaussagen gegenüber einiger Anwälte der Kooperation gemacht haben. Es handelt sich hierbei um dieselben, die oftmals das Fundament gebildet haben, um strafrechtliche Handlungen gegen sie einzuleiten, Ermittlungen, die eingestellt wurden, jedes Mal, wenn es möglich war, mit Beweismitteln die von der Polizeigewalt gestaltete Version zu widerlegen.

Genauso wie diese beschriebene Darstellung der "geheimdienstlichen Offensive" zu Lasten der Kooperation, kursierte letztes Jahr ein gefälschtes Dokument im Internet, angeblich unterzeichnet von Anwälten der Kooperation, in welchem sich diverse Mitglieder sozialer Organisationen als Mitglieder aufständischer Gruppen auszeichneten. Die Verbreitung dieses Dokuments hat einerseits beabsichtigt, die waghalsigen Berichte des Geheimdienst zu untermauern, und andererseits Verwirrung im Sektor Menschenrechtsverteidigung zu stiften.



*Corporación
Jurídica
Libertad*

In den letzten Tagen erhielten wir die Information, dass eine bewaffnete, illegale Gruppe, angesiedelt im Stadtviertel Campo Valdes, bezahlt wurde, damit diese das Leben und die körperliche Unversehrtheit des Anwaltes Bayron Ricardo Góngora Arango, Mitglied der Korporation, anginge. Entsprechend vorliegender Studien ueber kriminelle Banden in Medellin ist es eine Tatsache, dass es durchaus diverse solcher Gruppierungen gibt, die ueber genug Kapazitaeten, Mittel und Personal verfuegen, um das auszufuehren, wofuer sie "engagiert" wurden.

An dieser Stelle gilt es darauf hinzuweisen, dass der Anwalt Góngora Arango die Vertretung der Opfer von aussergerichtlichen Hinrichtungen angenommen hat sowie bei der Generalstaatsanwaltschaft beantragt hat, bezueglich der Straftaten zu ermitteln, welche eventuell von Mario Montoya, General des kolumbianischen Heeres, und Leonardo Gallego, Polizeigeneral, begangen wurden. Diese Vermutung beruft sich auf Aussagen von Paramilitaers und Verantwortlichen der Planung der Operation Orion, mit welcher die Implementierung der Polizei in das System der angeblich demokratischen Sicherheit im Land begonnen hat; dies hat sich leider unter anderem durch zurueckliegende Anklagen der Bewohner des Stadtteils Comuna Trece und diversen Menschenrechtsorganen bewahrheitet.

Das hier beschriebene Vorgehen der Regierung und der geheimdienstlichen Staatsorganen zu Lasten der sozialen Organisationen sowie der MenschenrechtsverteidigerInnen, haben das sowieso schon bestehende Risiko erhoehrt, welches inmittem des sozialen und bewaffneten Konflikts tagtaeglich in diesem Land gelebt wird. Hinsichtlich dessen fordern wir hiermit die legitime Ausuebung grundlegender Rechte, und zwar das Recht der freien Meinungsaeusserung sowie freier politischer Beteiligung am Geschehen.

Medellín, 12. Februar 2010.

CORPORACIÓN JURÍDICA LIBERTAD